

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Luther noch ohne Auftrag.

Vorläufig erst „Sondierungen“.

Eine Beauftragung Dr. Luthers mit der Kabinettsbildung ist noch nicht erfolgt. Dr. Luther sondiert zunächst, auf welcher Grundlage für ihn die Bildung eines Kabinetts möglich sein könnte, ehe er den Auftrag übernimmt. Die Übernahme des Auftrages dürfte, wenn es dazu kommt, frühestens heute abend erfolgen.

Der Skandal, den die patent-nationalen Parteien gestern im Preussischen Landtag ausgeführt haben, wird ihnen schon heute selbst unbehaglich. Die Tatsache, daß bei einer nationalen Kundgebung von weittragender Bedeutung die Deutschnationalen und die Volkspartei hinausliefen, ist so charakteristisch für die gegenwärtige parteipolitische Lage, daß sie nur noch dadurch unterstrichen werden konnte, daß wenigstens einige volksparteiliche Mitglieder des Landtags sich schämten, mitzumachen! Selbst die „Zeit“, das volksparteiliche Blatt, bringt nur ein verlegenes Stammeln vor, um die volksparteiliche Gemeinschaft mit den Ungezogenheiten der Junkerpartei zu beschönigen. Die „Germania“ nennt das Davonlaufen im Augenblick eines Protestes gegen ein der Nation angetanes Unrecht treffend „eine unerhörte nationale Würdelosigkeit“ und verweist darauf, daß außer Herrn v. Richter und Vanger-Oberhausen auch die sämtlichen Abgeordneten des besetzten Gebietes, soweit sie den Rechtsparteien angehören, den Saal verließen, „in dem Augenblick, wo es sich um eine der Schicksalsstunden der Wähler ihrer engeren Heimat handelte“!

Die „Germania“ fragt aber nicht ohne Grund: War der Zweck dieses Zusitzens, Zermürbungstatistik am Zentrum zu treiben und dem Verrger über dessen feste Haltung die Zügel schleichen zu lassen. Sollte dies das Ziel der spontanen Gefühlsregung gewesen sein, so sind wir für solche Zermürbung überaus dankbar. Irgendwelchen Erfolg aber kann sie aus dem einfachen Grunde nicht haben, weil die Stellungnahme des preussischen Zentrums nach wie vor nicht von Gefühlen, sondern von verstandesgemäßen und staatspolitischen Erwägungen getragen ist.

Die Zermürbungstatistik am Zentrum wird von der Rechten gegenwärtig mit einer Kraftaufwendung betrieben, die erstaunlich ist. Nachdem Marx mit seinen unsagbar langwierigen Verlesungen, eine Reichsregierung auf mittlerer Linie fertigzubringen, an dem Widerstand nicht zuletzt des der Volkspartei nahestehenden bisherigen Finanzminister Luther gescheitert ist, bemüht sich jetzt der letztere, ein Reichskabinettt unter der Firma eines Beamtenministeriums auf die Beine zu stellen. Auch Herr Luther aber braucht eine parlamentarische Mehrheit, die ihm das Arbeiten ermöglicht. Eine solche Mehrheit ist ohne das Zentrum aber gar nicht möglich. Denn Volkspartei und Deutschnationalen bringen nur rund 160 Stimmen auf, und selbst wenn sie alle bürgerlichen Splitterparteien hinzurechnen, werden es ohne Zentrum nur allerhöchstens 216!

Das wissen die Volksparteiler und die Halb-und-Halben auch sehr genau. Deshalb lassen sie durch den „Lokal-Anzeiger“ schon zur Besonnenheit mahnen. Das Blatt „hört aus Kreisen der Deutschen Volkspartei“, daß man dort die Hoffnung hegt, einer Kabinettsbildung durch Dr. Luther würden von den Deutschnationalen keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereitet werden:

Die Aufgabe Dr. Luthers würde um so schwieriger sein, als gerade die Verhandlungen der letzten Tage eine tiefe Kluft zwischen den bürgerlichen Parteien haben entstehen lassen. Aus diesem Grunde wird bei der Deutschen Volkspartei auch bedauert, daß die Deutschnationalen gerade gestern nachmittags in so scharfer Weise gegen den Reichspräsidenten Ebert Stellung genommen haben, was sich sowohl in der Interpellation wegen des Magdeburger Prozesses als auch in der Nichtteilnahme des Vizepräsidenten Graef an dem Besuche des Reichstagspräsidenten beim Reichspräsidenten ausdrückte. Ebenso muß aber bemerkt werden, daß man in führenden Kreisen der volksparteilichen Reichstagsfraktion auch mit dem Verhalten der volksparteilichen Landtagsfraktion, die bekanntlich bei der Rede des Ministerpräsidenten Braun das Landtagsplenum vertiefte, keineswegs einverstanden ist.

Es wird also auf dem Umwege über den deutschnationalen „Lokal-Anzeiger“ schon um gut Wetter gebeten. Man möchte durch Verteilung der Rollen möglichst die Aufmerksamkeit von dem „Tag der tiefen Schmach“ ablenken, der im Landtag geboren wurde und durch ein „Bedauern“ über die deutschnationalen Rügeleien gegen den Reichspräsidenten um mildernde Umstände bitten!

Aber so einfach liegen die Dinge doch nicht, daß man sie mit „Bedauern“ aus der Welt schaffen könnte. Die Deutschnationalen lassen durch das selbe Hugenberg-Blatt bereits erkennen, daß sie ein Kabinettt Luther nur als ein „Berlegensministerium“ ansehen würden und daß sie im übrigen darauf bestehen, vier Ministerliche in einem Bürgerblockministerium zu erhalten.

Damit die Sache aber auch ganz richtig verstanden wird, erläutert die „Nationalpost“ das dahin, daß Deutschnationalen und die Volkspartei

„nach wie vor einer Meinung darüber sind, daß ein gedeihliches Zusammenwirken mit dem Zentrum in der Reichsregierung nur dann

gewährleistet ist, wenn die Gleichartigkeit der Regierung im Reich und in Preußen hergestellt wird. Es ist notwendig, diese Forderung mit allem Ernst immer wieder zu erheben, da der ganze Sinn des letzten Wahlkampfes dahin ging, endlich einmal dafür zu sorgen, daß im Reich und in Preußen an einem Strang gezogen wird.“

Im übrigen wird die Stellung der Deutschnationalen zu einem etwaigen Kabinettt Luther davon abhängen, welche Persönlichkeiten in ihm die führenden Stellen einnehmen.

Um ein „gedeihliches Zusammenarbeiten“ der Bürgerblätter mit dem Zentrum einzuleiten, wird nun in der ganzen Rechtspresse ein wahres Kesseltreiben gegen Zentrumspolitik veranlaßt. Alle Insanien, die man sonst straflos Sozialdemokraten nachredet, werden jetzt auch dem Zentrum angehängt. Aus dunklen Quellen aller Art werden Altentwürfe und Enthüllungen zutage gefördert, die das Zentrum als die korrupteste Gesellschaft der Welt erscheinen lassen sollen. Aber mit dieser selben Zentrumsfraktion lehnt man sich, eine Bürgerblockregierung im Reich und in Preußen zu bilden. Schon äußere Reinlichkeitsgründe müßten das Zentrum veranlassen, mit diesen Kostüelträgern jede Gemeinschaft abzulehnen, wenn nicht schon verstandesmäßige und staatspolitische Erwägungen es dazu zwingen würden.

Man ten... die Weise, mittels der Erzberger und Rathenau so lange gehegt wurden, bis sie den Augen der Nordbuben erlagen. Man erkennt dieselbe Tonart wieder, wenn man jetzt die deutschnationalen Presse zu lesen gezwungen ist. Keine Verleumdung ist bössartig genug, um nicht gegen Zentrumsabgeordnete gerichtet zu werden. Ist das „Zermürbungstatistik“?

Die Sozialdemokratie steht mit steigendem Vertrauen, wie die bürgerlichen Parteien die deutsche Willensklärung der Wähler in ihr Gegenteil umzufächeln bemüht sind. Sie hat sich bisher von diesem Treiben ferngehalten und jede Regierung nur nach ihrem Programm und nach ihren Taten beurteilt. Aber sie kann als stärkste Trägerin des republikanischen Gedankens auf die Dauer nicht dulden, daß die Republik zum Spielball von Intrigen und Treibereien gemacht wird, die alles andere als nationalen Ursprungs sind. Infolgedessen wird sie ein mögliches Kabinettt Luther von vornherein sehr kritisch betrachten, weil es seinem Ursprung nach nur ein verkapptes Rechtskabinettt sein könnte. Die Weimarer Koalition hat durch die Wähler ein unbestreitbares Vertrauensvotum erhalten. Die republikanischen Parteien sollten daraus die einzige mögliche Folgerung ziehen. Man stelle endlich den Reichstag vor die Frage, ob er die Politik, deren Ausdruck die Koalition von Weimar war, weiterhin führen oder ob er das Gegenteil will. Aber man mache Schluss mit den Kulissenhiebereien, die nicht nur dem deutschen Volke ein Greuel geworden sind!

Kundgebung in der Reichskanzlei.

Gegen Weiterbefehung und Krisenmache.

In der Reichskanzlei erschienen heute mittag Deputationen aus dem Rheinland, um dem geschäftsführenden Reichskabinettt die Wünsche und Gebanen der durch die Verlängerung der Befehung besonders betroffenen Bevölkerung mitzuteilen. Oberbürgermeister Adenauer dankte als Sprecher der Deputation dem Kanzler Marx für sein treues Eintreten für die Rheinlande und wandte sich gegen die dauernde Krisenmache, die dem Ansehen des Reiches schade.

Einer der Anwesenden soll dabei das Wort „Stresemann“ ausgesprochen haben, und daß die Wäde sich unwillkürlich auf diesen Minister des Auswärtigen richteten, erscheint nicht verwunderlich...

Verbotener Protest.

Die Besatzungsbehörde untersagt Kundgebungen gegen die Räumung.

Köln, 10. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die politischen Parteien in Köln halten für den morgigen Sonntag getrennte Professorenversammlungen gegen die Verzögerung der Räumung einberufen. Diese Professorenversammlungen sind von der Besatzungsbehörde verboten worden.

Das Verhalten der Patentpatrioten im Preussischen Landtag haben der Besatzungsbehörde in Köln wahrscheinlich die Augen darüber geöffnet, was alles sie dem preussischen und deutschen Volke bieten darf!

Trendelenburg wieder in Paris.

Ueberreichung der deutschen Antwort.

Paris, 10. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorstehende der deutschen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen, Trendelenburg, ist am Sonnabend vormittag nach Paris zurückgekehrt. Er hat bereits telephonisch den Handelsminister Rathenau gebeten, ihn nachmittags um 3 Uhr zu empfangen. Bei dieser Gelegenheit wird er die deutsche Antwort auf den französischen Vorschlag eines Modus vivendi mitteilen.

Reichsbahn und Arbeiter.

Ausnahmerecht gegen die Reichsbahner?

Der Abschluß des Londoner Abkommens hat eine neue Epoche deutscher Politik eröffnet, in der die Kämpfe um die Durchführung des Abkommens auf Grund der zu diesen Zwecken beschlossenen Gesetze und anderer Maßnahmen, die noch zu ergreifen sein werden, noch lange Zeit im Vordergrund stehen werden. Das Londoner Abkommen in seiner Gesamtheit braucht keineswegs eine „Verklawung“ des deutschen Volkes durch Machsansprüche außerdeutscher Länder und Gewinnabsichten ausländischen Kapitals zur Folge zu haben, aber die Durchführung des Abkommens und die Anwendung jener Gesetze kann sehr wohl mit Hilfe einer Verklawung der arbeitenden Massen Deutschlands — um bei dieser in gewissen Kreisen sehr beliebten Wendung zu bleiben — durch Machansprüche und Gewinnabsichten deutschen Kapitals betrieben werden. Die für einen solchen Werdegang prädestinierten Kreise werden bemüht sein, sich aus Inflationsgewinnern zu Dawes-Gewinnern zu entwickeln, wie sich einst die Kriegsgewinner in Revolutionsgewinner gemandelt haben. Es wird die Aufgabe des Reichstages, in erster Linie die der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sein, solche Folgen des Londoner Abkommens zu verhindern.

Eine gewisse Art von Dawes-Gewinnern gibt es schon. Sie haben es verstanden, sich diese glückliche Position bereits durch den Wortlaut der Dawes-Gesetze, an dessen Formulierung sie beteiligt waren, zu sichern, und so sind sie in der Lage, die Vorteile dieser Position „von Rechts wegen“ zu genießen.

Unter den Gesetzen zur Durchführung des Londoner Abkommens steht das Reichsbahngesetz an erster Stelle. § 16 Absatz 4 des Reichsbahngesetzes bestimmt, daß die Gesellschaft für sich und ihre Bediensteten die Sonderstellung in Anspruch nehmen kann, die für die Verwaltungen des Reichs und deren Bediensteten auf dem Gebiete des Versicherungs-, Wirtschafts-, Arbeits-, Fürsorge- und Wohnungsrechts jeweils besteht. In solchen Fällen, heißt es weiter, übt das Bundesratsmitglied der für die Aufsicht über die Eisenbahn zuständige Minister aus; im übrigen werden die Zuständigkeiten der obersten Reichsbehörde vom Generaldirektor wahrgenommen. Einige Beispiele aus der Praxis mögen die grausame Wirkung dieser und einer weiteren Bestimmung des Reichsbahngesetzes erläutern.

Der Artikel 16 der rühmlichst bekannten Personalabbauverordnung bestimmt, daß die Vorschriften des § 84 Nr. 4 des Betriebsrätegesetzes keine Anwendung finden, „wenn Arbeiter und Angestellte entlassen werden, die ihre Dienstbezüge aus öffentlichen Mitteln erhalten“. Darin erblickt nun die Reichsbahngesellschaft eine „Sonderstellung“ der Reichsverwaltungen auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, die sie nach § 16 Absatz 4 des Reichsbahngesetzes auch für sich in Anspruch nehmen kann. Sie läßt undachtet, daß diese Bestimmung der Personalabbauverordnung geschaffen wurde, um öffentliche Mittel zu ersparen, nicht aber um die Mittel der privaten Reichsbahngesellschaft, an die zur Zeit der Schaffung der Personalabbauverordnung noch niemand dachte, zu schonen und die Arbeiter bei dieser Gesellschaft, die in keiner Hinsicht besser gestellt sind als die Arbeiter der Industrie, um den in § 84 Nr. 4 des Betriebsrätegesetzes gegebenen Schutz gegen Entlassung zu betriegen.

Ein anderes Beispiel entnehmen wir dem Wirkungsbereich des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter. Nach diesem Gesetz bedarf es zur Entlassung schwerbeschädigter Arbeitnehmer der Zustimmung der Hauptfürsorgestelle. Gegen den Bescheid der Hauptfürsorgestelle ist, wenn es sich um die Entlassung eines Arbeiters der Industrie handelt, die Beschwerde beim Hauptfürsorgeausschuß im Reichsarbeitsministerium zulässig. Betrifft nun die Entscheidung der Hauptfürsorgestelle die Kündigung eines Schwerbeschädigten, der bei einer Behörde beschäftigt ist, so kann die Behörde und der Schwerbeschädigte bei der zuständigen obersten Reichsbehörde Beschwerde erheben. Am Reichsbahnbetrieb entschied also — nach der Auffassung der juristischen Beiführer der ehemaligen Reichsbahnverwaltung — vor der Schaffung der Gesellschaft der Reichsverkehrsminister über diese Beschwerden, obwohl es immer zweifelhaft war, ob diese Bestimmungen des Schwerbeschädigtengesetzes überhaupt auf die Reichsbahn Anwendung finden konnte. Nun aber behaupten die gleichen Herren, die auch heute noch die juristischen Beiführer der Reichsbahngesellschaft führen, § 16 Absatz 4 des Reichsbahngesetzes bedeute, daß nun der Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft über die Beschwerden zu entscheiden habe. Der Direktor der privaten Gesellschaft, der nur noch Arbeitgeber ist, nimmt also das Recht in Anspruch, über Beschwerden, die sich letzten Endes gegen ihn selbst richten, endgültig entscheiden zu können. Die Wirkung dieser Anwendung des § 16 Absatz 4 ist in beiden Fällen die Aufhebung des durch das Betriebsrätegesetz und das Schwerbeschädigtengesetz gegebenen Entlassungsschutzes für die Arbeiter der Reichsbahngesellschaft.

Ein drittes Beispiel betrifft die Arbeitszeit. Nach § 22 Ziffer 2 des Reichsbahngesetzes kann die Gesellschaft die jeweils für Reichsbahnbeamte geltenden Dienstvorschriften über die Arbeitszeit auf die Angestellten und Arbeiter übertragen. Das heißt, daß sich die Arbeitszeit der Arbeiter der Reichsbahn stets nach der Arbeitszeit der Reichsbahnbeamten richten hat, wenn es der „Gesellschaft“ so ge-

fällt. Da die geltende Gesetzgebung über die Arbeitszeit in Deutschland sich nicht auf die Arbeitszeit der Beamten bezieht, bedeutet das, daß sie auch nicht für die Arbeiter der Reichsbahngesellschaft gilt. Da die Absicht, die zukünftige Arbeitszeitgesetzgebung auf die Beamten auszudehnen, bisher nicht bestand, hoffen die Herren, die diesen Kniff aus der zurzeit geltenden provisorischen Arbeitszeitverordnung in das Reichsbahngesetz hinübergerettet haben, daß auch die zukünftige Arbeitszeitgesetzgebung nicht für die Arbeiter der Reichsbahngesellschaft gelten wird, da ja die Gesellschaft nach § 22 des Reichsbahngesetzes bis in alle Ewigkeit die Möglichkeit hat, die jeweils für die Beamten geltende Arbeitszeit auf die Arbeiter der Reichsbahn zu übertragen.

Diese Bestimmungen des Reichsbahngesetzes und ihre Anwendung sind aber keineswegs Zeichen einer Verklammerung deutscher Arbeiter durch ausländisches Kapital oder internationaler Machtansprüche, denn diese „Feinheiten“ des Gesetzes sind nicht auf die Mitarbeit der Ausländer an den Dawes-Gesetzen zurückzuführen. Ihnen sind die Einzelheiten des deutschen Arbeitsrechts viel zu wenig bekannt, als daß sie auf raffinierte Vorrichtungen zum Zwecke der Entziehung einer großen Zahl deutscher Arbeiter hätten verfallen können. Deutschen Geheimräten war es vorbehalten, diese „Rechtswörter“ zu erdenken, um sich innerhalb ihres eigenen Machtbereichs der Bindungen des deutschen Arbeitsrechts zu entziehen und deutsche Arbeiter schloßlos der Willkür der Reichsbahngesellschaft zu überliefern. Und wenn nun wirklich die Ausbeutung der Eisenbahnen und ihres Personals im Namen und zum Nutzen ausländischen Kapitals geschieht, wie die Gegner des Londoner Abkommens behaupten, dann waren es deutsche Geheimräte, die diesem ausländischen Kapital die rechtlichen Mittel zur Verschörfung dieser Ausbeutung an die Hand gaben. Deutsche Geheimräte, die ihrer politischen Gesinnung nach diese Gegner des Londoner Abkommens nicht allzu fern stehen, haben damit zugleich die Zwangslage, unter der das Londoner Abkommen geschlossen wurde, benutzt, um ihre eigene Macht über deutsche Arbeiter zu befestigen. Denn diese deutschen Geheimräte führen jetzt die Geschäfte der Reichsbahngesellschaft.

Das aber kann nicht die Absicht der Parteien gewesen sein, die den Dawes-Gesetzen zugestimmt haben, denn solche Dinge haben nichts gemein mit den politischen Zwecken des Londoner Abkommens, und sie sind zu seiner Durchführung nicht erforderlich. Bleibt es bei diesem Zustande, so ist der Anfang mit dem Abbau des modernen deutschen Arbeitsrechts an entscheidender Stelle gemacht, denn dann werden auch die industriellen Unternehmer bald die gleichen Erleichterungen fordern.

Der Reichstag hat die Pflicht, hier einzugreifen. Er kann das Reichsbahngesetz nicht ändern, aber er kann aus allen anderen deutschen Gesetzen jene Bestimmungen entfernen, auf die sich die Reichsbahngesellschaft bei der Anwendung des § 16 des Reichsbahngesetzes berufen könnte. Das Reich hat als Arbeitgeber an diesen „Sonderbestimmungen“ nach dem Ausscheiden der Reichsbahn aus der Zahl der Reichsbetriebe kein Interesse mehr, denn die Zahl der Arbeiter, die das Reich in den anderen Verwaltungen noch beschäftigt, ist so gering, daß es nicht lohnt, das Reich des geringen materiellen Ruhens wegen, den solche Dinge vielleicht bringen, mit dem moralischen Makel zu behaften, es verleihe seine eigene Gesetzgebung und stelle seine eigenen Arbeiter unter Ausnahmestellung. Diese „Sonderbestimmungen“ kommen heute nur noch der Reichsbahngesellschaft zugute, und daher hat der Reichstag die Pflicht, diesen Zustand zu ändern. Und der Reichstag kann bei der Beratung eines neuen Arbeitszeitgesetzes, das den Achtstundentag zurückbringen muß, auch den § 22 des Reichsbahngesetzes unschädlich machen, indem er beschließt, daß dieses Gesetz auch auf die sogenannten Reichsbahnbeamten und damit auch auf die Arbeiter der Reichsbahn Anwendung finden muß.

Die Arbeiter der Reichsbahn haben unter diesem Zustande bisher stillschweigend gelitten, weil sie sich der Einsicht, daß die Annahme der Gesetze zur Durchführung des Londoner Abkommens eine politische Notwendigkeit war, nicht verschließen konnten. Duldet jedoch das Reich, duldet der Reichstag diesen Zustand dauernd, dann werden die Arbeiter der Reichsbahn als Bürger des Reichs den Vorwurf erheben, daß Reich und Reichstag sie an die Reichsbahngesellschaft verschachert haben.

Vorstandssitzung des Zentrums.

Zu. meldet: Heute vormittag findet eine Vorstandssitzung des Zentrums statt. Für nachmittags 3 Uhr ist eine Fraktionsitzung einberufen worden.

Das Ende der Verleumdungen.

Widerlegung der Angriffe auf den Reichspräsidenten.

Das Wolff-Bureau verbreitet folgende Mitteilung: Gegenüber Redaktionen einiger Blätter, die einen Zusammenhang der Brüder Barmat mit dem Reichspräsidenten zu konstruieren versuchen, wird amtlich festgestellt, daß der Reichspräsident niemals die Ausstellung eines Bismars für einen der Barmats oder einen ihrer Angehörigen veranlaßt oder ihnen Empfehlungsschreiben ausgestellt hat. Ebenso wenig ist ein solches Bismar oder eine solche Empfehlung durch das Bureau des Reichspräsidenten erfolgt.

Die Prüfung der Akten des Bureau des Reichspräsidenten und der des Auswärtigen Amtes hat lediglich ergeben, daß im Frühjahr 1919 der damals im Bureau des Reichspräsidenten auf Privatdienstvertrage beschäftigte Landtagsabgeordnete Franz Krüger ohne Wissen und Willen des Reichspräsidenten eigenmächtig und mißbräuchlich, beim deutschen Generalkonsulat Amsterdam für Angehörige der Familie Barmat ein Passivum beantragt und ebenso eigenmächtig für diese eine Grenzempfehlung ausgestellt hat.

Der Reichspräsident hat, als er kurz darauf Kenntnis erhielt, sofort diese Eigenmächtigkeiten ausweislich der Akten seines Bureau schriftlich auf das schärfste gerügt und Bortretung getroffen, die die Wiederholung derartiger oder ähnlicher Schritte verhinderten.

Mit dieser amtlichen Erklärung ist dem schmachtvollen Verleumdungssturz der Reichspresse gegen den Reichspräsidenten ein Ende gesetzt. Schon längst war es klar, daß die gegen ihn geführten Angriffe in der Reichspresse im Zusammenhang mit der Barmat-Angelegenheit nicht im guten Glauben geführt wurden, um der Aufklärung zu dienen, sondern in der Absicht, die Person des Reichspräsidenten zu diskreditieren und seine politische Lauterkeit in Frage zu ziehen. Diese unwürdige Methode, die nicht nur von politischer Disziplinlosigkeit, sondern auch von niedriger Gesinnung zeugt, wird wahrscheinlich trotzdem nicht eingestellt werden. Sie wird sich eine andere Zielscheibe suchen, nachdem ihre Verlogenheit in diesem Falle gebrandmarkt worden ist.

Das Andauern der Regierungskrise ist der Reichspresse nur willkommen, um weiter an der Zerstückelung der öffentlichen Moral und der Staatsautorität zu arbeiten. Was die Ständepresse bewegt, wird heute aus der „Deutschen Tageszeitung“ klar. Sie ist überschrieben: „Staatsbürgerblock oder Barmat-Block“. Der Versuch, die Parteien der Linken und der Mittel als „Barmat-Block“ zu bezeichnen, ist eine Infamie ohne gleichen. Er steht auf einer Stufe mit jener politischen Methode der Kommunisten, die die Sozialdemokratie systematisch als die „Sozialdemokratie“ bezeichnen.

Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Wie steht es mit der Verknüpfung von Politik und Geschäft in der Inflationszeit? Wieweil haben die Reichsbank, die Steuerbehörden, öffentliche Kredit- und Sparanstalten verloren an die Inflationskonzerne, deren Führer als Politiker an der Sabotierung

der deutschen Währung arbeiteten? Wie steht es mit den ungeheuren Skandalen, die an die Ruhrkampfinanzierung anknüpfen?

Find nicht in diesen traurigsten Jahren in der Deutschnationalen Partei und der Deutschen Volkspartei die engste Verknüpfung von Politik und Geschäft statt zum Nachteil des Reiches und des Volkes?

Die Schuldigen am Niedergang Deutschlands in der Inflationszeit haben kein Recht zu moralischer Entrüstung. Sie heucheln und verleumdend nur, um ihre eigene große Schuld zu verdecken.

Zus eigene Fleisch geschnitten.

Die Angriffe der Hugenberg-Presse auf führende Politiker wie Dr. Wirth und Dr. Haas sind völlig zusammengebrochen. Die „Germania“ veröffentlicht eine Erklärung, der wir folgendes entnehmen:

„Die Reichspresse unter Führung der „Nachtausgabe“ des „Tag“ unternimmt einen scharfen Vorstoß gegen die bekannte deutsch-russische Holzindustrie-Aktiengesellschaft Rolog, die, wie seit langem bekannt, im Laufe der letzten zwei Jahre in der Nähe von Petersburg ein großes deutsches Unternehmen mit Eisenbahnbau aufgerichtet hat. Dieses Unternehmen wird geführt und geführt von bekannten deutschen Großindustriellen Unternehmen, wie Deutsch-Rugenberg Bergwerks-Aktiengesellschaft, Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, Gebrüder Himmelsbach und andere. ...“

Die Angriffe gehen völlig fehl. Neben den genannten Herren, wobei Herr Lehrenbach überhaupt niemals in der russischen Unternehmung beteiligt gewesen ist, sitzen die prominentesten Vertreter der deutschen Industrie — wir nennen heute nur den ehemaligen deutschnationalen Abgeordneten, Generaldirektor Vogler, den Generaldirektor Jehrman vom Stinnes-Konzern, den Direktor Burgers von der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft und andere, wie Herr Direktor Wenz. Diese Vorwürfe gegen prominente Politiker richten sich, soweit überhaupt solche Angriffe gerechtfertigt wären, also auch gegen alle sonst an dem großen deutschen Unternehmen beteiligten Herren.

Wie wir nun aber erfahren und was wir besonders heute schon hervorheben wollen, sind alle Beziehungen, die die Holzindustrie Rolog mit dem Osten unterhalten habe, nicht nur dem auswärtigen Amt und seinem bisherigen Minister Dr. Stresemann bekannt, sondern wir erfahren, daß Herr Dr. Stresemann Herr Dr. Wirth auf das lebhafteste unterstützte in seinen Bemühungen, diese gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen zu fördern. Dasselbe hören wir von dem Herrn Staatssekretär Ralgha und Herrn Ministerdirektor Dr. Ritter, die nicht nur in alle Einzelheiten eingeweiht sind, sondern die die Notwendigkeit, im Osten wieder Aufbau zu beginnen, seit Beginn des Unternehmens durch das auswärtige Amt, wie durch die Deutsche Wirtschaft in Russland die Tätigkeit der Herren auf das lebhafteste unterstützt haben. Auch die übrigen Stellen der Reichsregierung sind nicht nur unterrichtet, sondern haben sich mit dieser Angelegenheit, die übrigens weiter zurückliegt, schon längst beschäftigt. Aus den Kreisen der Rolog-Holzindustrie erfahren wir ferner, daß die Rolog selbst niemals in einem direkten Kreditverhältnis mit der Reichspost gestanden hat und daß die von der Reichspresse angebotenen Kreditbeziehungen überhaupt nicht bestehen. Die Reichspresse hat aber diesmal nicht nur die offene Tür, sondern auch einmal den Schießel eingerannt.

Die „Germania“ scheidet grundsätzlich zwischen dem Bestreben, das auf Bereinigung unseres öffentlichen Lebens hinausläuft, und der demagogischen Art, mit der die Rechte die Dinge behandelt. Sie versichert im Hinblick auf die gerichtliche und die schwebende Parteiuersuchung innerhalb des Zentrums:

„Ein endgültiges Urteil kann erst abgegeben werden, wenn die Untersuchung abgeschlossen ist. Bis dahin sollten alle, denen es wirklich um Aufklärung zu tun ist, Zurückhaltung üben. Aber die Ueberzeugung können unsere Parteifreunde haben: das Zentrum wird im Interesse der Sauber-

Romeo und Julia.

Von Henni Schmann.

In der Wärmestube der Stadt haben sie sich wiedergesehen.

Dreißig Jahre sind vergangen gewesen, seit sie einander zum letzten Male sahen. Das ist damals gewesen, als sie zusammen an der großen Hofbühne den Romeo und die Julia spielten. Er war engagiert an der großen Bühne, sie gastierte. Ihr Spiel löste einen Beifallssturm aus. Die Zeitungen schrieben, man habe wohl nie eine so poetische Verfertigung des unsterblichen Liebespaars gesehen wie diese beiden. — Vielleicht hatten sie auch im Leben ein wenig Romeo und Julia gespielt. Vielleicht, — wer weiß es noch? Dreißig Jahre sind verstrichen seitdem.

Ja, nun sitzen sie einander gegenüber in der Wärmestube der Stadt, in die sie beide ihr frierendes Alter flüchten. Sie sind arm und alt. Die Vergangenheit liegt weit. Doch in der Wärmestube sprechen sie miteinander von alten Tagen.

Ein Tischchen stand neben dem Fenster, ein kleines, rundes Tischchen. Da saß man warm. Eine kleine elektrische Lampe hing gerade über dem Tischchen und gab gutes Licht. So konnten auch alle Augen die kleinen Punkte auf den alten, feinen Dominosteinchen erkennen, welche die alte Frau an jedem Nachmittage mit sich brachte. Sie lagen in einem schwarzen Kästchen, das mit Perlmutter eingelegt war, ebenso wie die Punkte auf ihnen, und waren der letzte Rest, der sich aus Logen des Glanzes erhalten hatte, wenn man nicht die alten Photographien und Silbertränke dazu rechnen will, die in dem dürftigen Zimmer der alten Schauspielerin die Wände bedeckten. In der Mitte hing ihr Bild als Julia. Der Kranz darunter trug eine Schleiße mit einer Aufschrift:

„Der unvergeßlichen Julia!“

Man hatte sie doch vergessen. Hier saß sie und war arm und alt. Stundenlang saßen die beiden Alten an dem runden Tischchen beim Ofen in der Wärmestube und spielten Domino. Wenn die Wärmestube geschlossen ward, dann gingen sie nach verschiedenen Richtungen heim in ihre dunklen, kalten Stuben.

An einem Tage sah der alte Schauspieler allein an dem runden Tischchen. Die Gefährtin kam nicht. Als sie auch am nächsten Tage fehlte, ging er früher fort als gewöhnlich und wanderte mühsam — denn das Gehen ward ihm schwer — zu dem verfallenen Häuschen an der Stadtmauer, in dem die alte Frau wohnte. Sie war nicht dort. Sie war erkrankt und in das Krankenhaus geschafft worden. In jedem Tage, an dem er zur Wärmestube ging, machte er nun den Umweg zum Krankenhaus und fragte, wie es der Kranken ginge. An jedem Tage ging es ein wenig schlechter. Einmal führte man ihn herein zu ihr. Sie hatte ihn sprechen wollen.

Ihr Gesicht lag mager, bloß und gelb in den Kissen. Nur ein wenig hab sie die matte Hand, daß er sie fassen konnte. Dann lächelte sie mit erschöpfter Stimme, er möge die Schlüssel ihres

Zimmers aus dem Nachschlüssel nehmen, zur Wohnung gehen und das alte Domino holen. Am nächsten Tage sollte er wieder kommen und es mitbringen. Da wollten sie noch einmal zusammen spielen.

Aber am nächsten Tage ist sie gestorben.

Als man es an der Tür des Krankenhauses dem Alten sagte, ist er weitergegangen in die Wärmestube. Er hat sich an den runden Tisch gesetzt, hat das schwarze mit Perlmutter eingelegte Kästchen vor sich hingestellt, mit ein wenig zitternden Händen den Deckel zurückgeschoben, hat die Steine herausgenommen und nebeneinander hingelegt.

Dröhnend in eine Reihe hat er sie gelegt, alle achtundzwanzig, mit der Kullnau angefangen, mit der Sechs-Sechs aufgehört. Auf die Einseits aber sind ihm zwei runde, blaue Tränen getropft, gerade so rund und blank wie die eingeleigten Perlmutterpunkchen in dem schwarzen Holz.

Die Zeitungen haben geschrieben vom Tode der alten Schauspielerin und ihrer „unvergeßlichen Julia“. Der alte Schauspieler sitzt nach wie vor in der Wärmestube an dem runden Tischchen neben dem Ofen. Das Dominospiel bringt er immer mit sich in der Tasche seines zerfetzten Mantels, aber er zieht es nicht mehr heraus. Er hat niemand, mit dem er spielen könnte. Er sitzt immer allein.

Wer weiß, vielleicht wird auch er nicht mehr lange dort sitzen. Vielleicht wird auch er bald sterben. Dann werden die Zeitungen auch von ihm schreiben und von seinem „unvergeßlichen Romeo“.

Rosa Valetti als Frau Warren („Iribüne“). Der Vorpriester, von dem Frau Warren, als sie noch selber tätig in ihrem Halbweidamengewerbe war, ein Tochterlein empfing, trägt einen viel zu langen Bartterrot. Man hat ihm eine Wange angehängt, ganz ohne Grund. Diese Verlängerung ist charakteristisch für den Stil der neuen Aufführung des Schamischen Sittenstücks. Man betont viel zu stark. Man will um jeden Preis Erfolg und Anlaufspitzen herauszerzieren, allerdings auf Kosten einer Ironie, die ganz anderes beschuldigt als den massigen Moratbonner. Durchschnitlich hält sich der Regisseur davor, eine Hauptrolle mit Absicht falsch zu besetzen. Für diese Aufführung von „Frau Warrens Gemerbe“ war die Forderung Absicht. Frau Rosa Valetti sollte brillieren. Sie ist aber zu sehr besser, wenn es sich um Derbheiten handelt, und viel zu sehr aufgelöste Sentimentalität, wenn das Gefühl tiefzer gehen soll. Benutzen sich Frau Warren wirklich so, wie die Derbheit und tarnturistische Lust der Frau Valetti es wünschen, so würde sie höchstens eine kleine, leisende Bordellwirtin, aber nicht die Großkapitalistin der Unzucht geworden sein. In dieser Ueberzeichnung wurde viel gefündigt, nur nicht von Albert Steinrück, dem hundsgeschichtigen Kompagnon der Frau Warren, und von Fräulein Charlotte Schulz, die wirklich ihre Mittel sehr gut diszipliniert. Fräulein Schulz kann vieles werden, wenn sie nicht zu früh blasiert wird.

Die neue Rolle der Gähner. Das Trionon-Theater lebt von Ciria Gähner und diese von ihrer Spezialität: der Verkörperung der hübschen, frivolsten, pikanten Halb- und Ganzmestlegonen. Es wird allmählich schwer, neue Rollen für sie zu finden,

und so griff man auf Siegfried Gegers „Bier Bäder aus der guten Gesellschaft“ zurück, in denen „Mara“, ein leckeres Fräulein von Berlin WW, ihre erotischen Talente als frühreifes Mädchen, als abenteuerlicher Badisch, als kernhafte Zwanzigjährige und zum Schluß als verheiratete Baronin entwickelt. Man kann sich vorstellen, wie Ciria Gähner hier in ihrem Element war: mit ihrer freien Grazie, ihrer duffen Reizheit und ... Unbesonnenheit. Von einer neuen Seite zeigte sie sich als das junge Mädchen im Jopis, in dem sie Reizität und frühes Wissen wirksam mischte. Georg Klegander lieferte ein interessantes Beispiel eines Bühnenhelden, der auf den Brettern alles entlammt und im Alltagsleben selbst den listernen Badisch ernüchert. Erich Kaiser-Tsch einen Woler, der überlegen-ironisch die Nachstellung der Potiphar abwehrt.

Müdenausrottung durch Müden. Dr. Legendre hat der französischen Akademie der Wissenschaften über eine von ihm gemachte Bährnehmung berichtet, die den Menschen vor der unangenehmen Heimsuchung durch die Stöckmücken schützen soll. Der Gelehrte hat in den verschiedenen Teilen der Bretagne das Vorkommen einer Art der gewöhnlichen Stöckmücke beobachtet, die nicht die Eigenschaft besitzt, in die Häuser einzudringen und die Bewohner mit Stichen zu belästigen. Dabei erschien ihm bemerkenswert, daß in den Gebieten, wo diese Müdenart vorkam, die gewöhnliche Stöckmücke nicht festzustellen war. So kam Legendre auf den Gedanken, die harmlose Müdenart in einer Gegend zu verbreiten, die unter Stöckmücken besonders stark zu leiden hatte. Der Versuch wurde im Departement Charente gemacht, und die Vermutungen, die der Gelehrte an seinen Versuch geknüpft hatte, wurden durch einen überraschenden Erfolg bestätigt. In kurzer Zeit verschwand die Stöckmücke, die den Menschen das Leben recht sauer gemacht hatten, vollständig von der Bildfläche.

Gesellschaftungen der Woche. Dienst. Schiller-Theater: Der Eidenkämpfer. — Komische Oper: Die Schöne und das Biest. — Komische Oper: Die Schöne und das Biest. — Komische Oper: Die Schöne und das Biest.

Uranus-Vorlesung. Abends zu wechselnden Stellen: „Das Reich der Komit“. — In der Gesellschaft der neuen Anlie über Ökonomie, Kunst und Wissenschaft. — In der Gesellschaft der neuen Anlie über Ökonomie, Kunst und Wissenschaft. — In der Gesellschaft der neuen Anlie über Ökonomie, Kunst und Wissenschaft.

Der „Tresorer-Kalender“ hat am Sonntag nachmittags 3 Uhr in der Urania-Vorlesung. Das alte Vuppelbild von Doktor Roubens Götterfest in einer Fassung von 1640. Anknüpfend eine Steuertabelle.

Ein Theaterklub in Solberg. In dem Herzoglichen Solberg führt die Uebersetzung des von dem belarischen Schriftsteller Franz Kalk gebildeten Freiheitstragedies „Die Sands und die Kogelner“ an einem Theaterklub. Die Uebersetzung mußte nach dem zweiten Akt abgebrochen werden und konnte erst die Tage später unter dem Schutze der Polizei zu Ende geführt werden. Der Skandal erfolgte anlässlich der Uebersetzung der Komposition des russischen Komponisten Glinka.

